

An die Verantwortlichen aller Blaulicht-/Rettungsorganisationen in Bayern
An die Gewerkschaft der Polizei (GdP) Landesbezirk Bayern
An die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG) Landesverband Bayern e.V.

10. Januar 2012

Einführung des BOS-Digitalfunks in Bayern

Sehr geehrte Damen und Herren,

seit einiger Zeit wird in Deutschland der Aufbau eines neuen Funknetzes für die Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS- bzw. TETRA-Digitalfunk) vorangetrieben. Dabei werden bislang von den mit der Umsetzung beauftragten staatlichen Stellen hauptsächlich die Vorteile des Digitalfunks den Nachteilen des bisher eingesetzten Analogfunks gegenübergestellt. Die bisherigen Erfahrungen, zahlreiche nicht erfüllte Versprechen und ein enttäuschender Terminverlauf wecken jedoch zunehmend Zweifel an der Tauglichkeit, der Finanzierbarkeit und der gesundheitlichen Unbedenklichkeit des neuen BOS-Digitalfunks.

Auch führende Vertreter Ihrer Organisationen fordern im Hinblick auf den Gesundheitsschutz ihrer Kolleginnen und Kollegen den „...Nachweis medizinischer Unbedenklichkeit...“ sowie eine „...Minimierung der gesundheitlichen Risiken...“. „Zumal es diesbezüglich nach wie vor von wissenschaftlicher Seite berechnete Kritiken gibt...“. Siehe (GdP) „Deutsche Polizei – 12.2011“, Seite 22-25 <http://www.diagnose-funk.org/politik/gewerkschaften/gdp-gesundheitliche-risiken-nicht-ausgeschlossen.php>

Zu den erforderlichen Konsequenzen aus der vorliegenden Faktenlage äußert sich auch der DPoIG-Landesvorsitzende Hessen. Er fordert die hessische Landesregierung auf „...trotz des fortgeschrittenen Stadiums bei der Tetra-Technologie, die Gesundheitsgefahren einer ernsthaften, gründlichen Prüfung zu unterziehen...“ und dass „die Entscheidung zu Gunsten von Alternativen fällt (beispielsweise für einen fortentwickelten Analogfunk oder alternative Technologie des Digitalfunks), wenn diese weniger gesundheitsgefährdend und/oder besser geeignet sind, die Anforderungen an eine zeitgemäße Kommunikationstechnologie bei Sicherheitsbehörden zu erfüllen!“ - Siehe Polizeispiegel Dez. 2011

http://www.diagnose-funk.org/assets/ps_12_2011_seite_1.pdf

Die Bundesregierung führt auf eine große Anfrage der CDU/CSU-Fraktion vom 04.01.2002 aus: „Bei der Ableitung der geltenden Grenzwerte, welche die Grundlage der Standortbescheinigung bilden, hat das Vorsorgeprinzip keine Berücksichtigung gefunden.“

Das Vorsorgeprinzip fordert – auch ohne Kenntnis eines kritischen Schwellenwertes – die Minimierung von Immissionen, wenn Schadwirkungen nicht ausgeschlossen werden können oder gar Hinweise für mögliche Schädigungen existieren. Letzteres ist nach jüngsten Bewertungen der wissenschaftlichen Ergebnisse weit unterhalb der derzeit geltenden Grenzwerte gegeben.

Am 31.05.2011 hat die Weltgesundheitsorganisation (WHO) Mobilfunkstrahlung als „möglicherweise krebserregend“ eingestuft und auch das Europaparlament und die Europäische Umweltagentur (EUA) forderten 2011 eindringlich das Vorsorgeprinzip ein.

Im offiziellen EMF-Portal der Bundesregierung weisen mehr als 100 Studien Schädigungen unterhalb der derzeit geltenden Mobilfunk-Grenzwerte nach – siehe dazu auch <http://www.info.diagnose-funk.org/dokumentationen/studienliste.php>

Die Aussage von Staatssekretär Gerhard Eck vom Bayerischen Staatsministerium des Innern, es gäbe keinerlei belastbare Studien, die Schädigungen durch Mobilfunkstrahlung belegen, ist daher eindeutig falsch.

So sollen auch die Digitalfunk-Infobroschüren des Innenministeriums (bisher insgesamt 17 Di-giNet-Infobriefe) der Information dienen, sind aber, objektiv betrachtet, reine Werbung und PR für den Digitalfunk, da von den offensichtlichen Problemen und Nachteilen des Systems niemals ein Wort erwähnt wurde. Auch die „Road-Shows“ erfolgreicher Anwender sagen nur die halbe Wahrheit. Denn TETRA funktioniert zwar in kleinen Einheiten und in überschaubarem Gelände. Alle Großnetzanwendungen im In- und Ausland aber waren bisher von grundsätzlichen Problemen gezeichnet.

Allein in Großbritannien traten laut BBC zwischen 2005 und 2008 gut 93 teils schwerwiegende Störungen bzw. Totalausfälle, insbesondere bei Großeinsätzen mit entsprechend viel Funkverkehr, auf - siehe (http://news.bbc.co.uk/2/hi/uk_news/england/devon/7946463.stm). Dies gilt auch heute noch. Die Verantwortlichen argumentieren immer, man habe alles im Griff. Unabhängige aber sprechen von häufigem Versagen bei landesweiten Übungen und im Betrieb („An independent report by Simon Chesterman, Assistant Chief Constable of West Mercia Police, was presented to the inquest. It said: ‘Time and time again with national large scale exercises and operations, Airwave [=TETRA] lets us down’) - siehe http://www.lancashiretelegraph.co.uk/news/8954135.Blackburn_protests_Police_radios_failed_at_demonstration/).

Der Digitalfunk in seiner jetzigen Ausführung kann aber auch für die Einsatzkräfte selbst zu kritischen Situationen führen. So müssen z.B. bei der Neueinwahl die Endgeräte erst 1-2 sec. hochfahren und nach etwaigem Empfangsverlust zeitraubend wieder eingebucht werden. Wird die Sprechtaaste beim Digitalfunkgerät gedrückt, muss ein Quittungston abgewartet werden, was durchaus einige Sekunden dauern kann. Spricht man schon vorher, wird dieser Teil der Meldung nicht gesendet. Auch kann die Funkverbindung ohne Vorwarnung abbrechen, was in Holland zum Tod von drei Feuerwehrmännern führte. Dies alles soll angeblich durch eine Änderung der europäischen Norm verhindert werden. Wie lange das dauert, ist unklar.

Der Passauer Stadtbrandinspektor Andreas Dittlmann hat im Stadtrat die Einführung des digitalen Behördenfunks massiv kritisiert: „Wir stochern hier überall im Nebel“. In seinem Schreiben an den Oberbürgermeister vom 09.09.2011 - siehe Anhang - heißt es u.a.: „...Die Alarmierung steckt von der Geräteentwicklung und von der Gesamtkonzeption noch in den „Kinderschuhen“, stellt aber für die Gemeinden/Feuerwehren ein elementares Bedürfnis dar...“. „...Ein Nachweis, dass die Alarmierung auch in der Fläche funktioniert, konnte bisher nicht erbracht werden...“.

Es muss die Frage erlaubt sein, ob mit einem solchen Funk überhaupt eine professionelle Arbeit möglich ist.

Auf die Kritik der kommunalen Spitzenverbände in Bayern – siehe Anhang - entgegnete Staatssekretär Gerhard Eck, „...dass es sich beim Digitalfunk um ein Einführungs- wie auch in Teilen - aufgrund technischer und betrieblicher Anpassungen - um ein Entwicklungsprojekt handelt“. Trotzdem wird dieses Funksystem flächendeckend eingeführt und entsprechende Investitionen getätigt, anstatt zunächst in einem Testgebiet die „Kinderkrankheiten“ zu beseitigen bzw. die grundsätzliche Tauglichkeit zu bestätigen.

